



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43



Gudrun Pieper Mdl

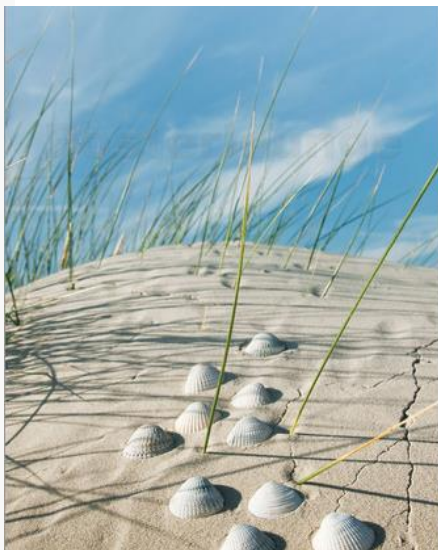
Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

es geht jetzt in die wohlverdiente Sommerpause. Was während der letzten Plenarwoche im Landtag geschah, können Sie in gewohnter Weise meinem Blickpunkt entnehmen. Meine Sommertour habe ich bereits vor den Sommerferien absolviert und viele Eindrücke und Anregungen wieder für meine tägliche Arbeit mitnehmen können. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei allen Firmen, Einrichtungen und Gesprächspartnern. Ich wurde sehr freundlich empfangen und werde auch 2016 in gewohnter Weise meine Sommertour fortsetzen.

Ich wünsche Ihnen jetzt erholsame Ferientage, genießen Sie die Zeit der Entspannung und ich melde mich nach der Plenarwoche im September wieder.

Herzlichst Ihre

Gudrun Pieper



V.I.S.D.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Hauptstraße 9, 29690 Schwarmstedt

Tel.:(05071) 8002525
info@gudrunpieper.de

CDU fordert bessere Aufenthaltsperspektiven für langjährig Geduldete

Langjährig geduldeten Asylbewerbern und Flüchtlingen sollen künftig bessere Perspektiven für einen dauerhaften Aufenthalt in Niedersachsen geboten werden - das fordert die CDU-Landtagsfraktion in ihrem Antrag „Deine Chance in Niedersachsen“. „Langjährig Geduldete sind zwar ohne regulären Aufenthaltsstatus - die Mehrheit von ihnen ist gleichwohl gut integriert“, sagte Fraktionschef Björn Thümler während der Einbringung des Antrages im Niedersächsischen Landtag. „Wer in der Vergangenheit bewiesen hat, dass er sich aktiv und positiv in die deutsche Gesellschaft einbringt, muss das Recht bekommen, bleiben zu dürfen.“

Im Rahmen eines Landesprogramms soll deshalb, so die Forderung der CDU, der kürzlich von der Bundesregierung ins Aufenthaltsgesetz eingeführte Paragraph 25b aktiv genutzt und beworben werden. Die neue Regelung ermöglicht langjährig geduldeten Asylbewerbern bei nachhaltiger Integration das Erlangen eines dauerhaften Aufenthaltstitels - auch bei bisheriger Verschleierung von Identität und Herkunft. Thümler: „Ziel ist es, langjährig Geduldete über ihre verbesserten Aufenthaltsperspektiven aufzuklären.“ Die Bedingungen für die Anwendung des neuen Paragraphen sind neben der Offenlegung der Identität, dass die Antragssteller nicht vorbestraft sind, es keinerlei Hinweise auf extremistische Bestrebungen gibt, ein Nachweis über ausreichende Deutschkenntnisse sowie eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studienabschluss.

„Wir brauchen in Niedersachsen eine breit angelegte Diskussion wie wir die

Zuwanderung gestalten wollen“, so Thümler. „Flüchtlinge, die ihre Identität bei der Einreise nach Deutschland verschleiern, fürchten sich vor der sofortigen Abschiebung. Das ist menschlich absolut nachvollziehbar und sollte nicht grundsätzlich zu ihrem Nachteil ausgelegt werden, wenn sie sich im Folgenden aktiv um die Integration in unserem Land bemühen.“ Auch die Situation in Deutschland geborener Kinder, deren Eltern mit ungeklärter Identität eingereist sind, soll nachhaltig verbessert werden. Grundsätzlich müssen sie das Recht bekommen, dauerhaft in ihrem Geburtsland bleiben zu dürfen. Sie kennen das Land ihrer Eltern nicht und haben sich zumeist gut in Deutschland integriert.

Im Rahmen der Debatte haben wir seitens der CDU Landtagsfraktion ein Positionspapier unter dem Titel: „Niedersachsen – Deine Heimat“ erarbeitet. Es kann unter www.cdu-fraktion-niedersachsen.de heruntergeladen werden.

TERMINAUSZUG

23.07.2015	SOLTAU
EINWEIHUNG FILZWELT	
26.07.2015	BAD FALLINGBOSTEL
ERÖFFNUNG LANDESJUGENDSCHÜTZENZELTLAGER	
13.08.2015	SCHWARMSTEDT
GESPRÄCH SENIOREN- UND BEHINDERTENBEIRAT	
27.08.2015	WALSRODE
ERÖFFNUNG TECHNISCHE AKADEMIE HEIDEKREIS	
28.08.2015	WALSRODE
GESPRÄCH KLOSTER	
30.08.2015	STÖCKEN
KREISSCHÜTZENFEST	
16.09.-18.09.2015	HANNOVER
PLENUM	

PLENUM IN KÜRZE

Rot-grüner Nachtragshaushalt ein „in Zahlen gegossenes Eingeständnis politischen Versagens“



Für den Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Björn Thümler, ist der im Landtag abschließend beratende Entwurf über einen Nachtragshaushalt „das in Zahlen gegossene Eingeständnis politischen Versagens der Regierung Weil“. Dass allein rund 101 Millionen Euro für die Auswirkungen des blamablen OVG-Urteils zur Lehrerarbeitszeit sowie für die gemachten Fehler bei der Finanzhilfe für Krippenplätze bereitgestellt werden müssen, ist auf eine Mischung aus „Hochmut, Fahrlässigkeit und Unfähigkeit“ seitens der Landesregierung zurückzuführen. „Die Niederlage vor dem OVG ist auch die ganz persönliche Niederlage von Ministerpräsident Weil.“ Über zwei Jahre hat sich Ministerpräsident Weil die Proteste von Lehrern, Schülern und Eltern angesehen, ohne auch nur ansatzweise die Entscheidung zur umstrittenen Lehremehrarbeit infrage zu stellen.

An die Adresse der Kultusministerin gerichtet, sagt Thümler: „Sie waren nicht nur schlecht beraten, als Ihnen der Ministerpräsident auf der Haushaltsklausur vor zwei Jahren die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer abpresste. Es war auch ein schwerer politischer Fehler, über die Finanzierungslücke bei den Krippenplätzen eisen zu schweigen.“

Kritik üben wir auch an der Haltung der Landesregierung gegenüber den Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen: „Die 40 Millionen Euro Soforthilfe für die Kommunen sind ein kümmerlicher Beitrag des Landes angesichts der kolossalen Herausforderung, vor der Niedersachsens Städte und Gemeinden stehen. Der Bund stellt das Doppelte an Geldern zusätzlich für die Kommunen bereit. Der Bund hat geliefert, das Land leider immer noch nicht.“ Besonders dramatisch lässt sich diese „unterlassene Hilfe“ der Regierung Weil gegenwärtig im Durchgangslager Friedland besichtigen. Die Einrichtung platzt aus allen Nähten, weil die Regierung Weil vom monatelang prognostizierten Flüchtlingszustrom die Augen verschlossen hat. Der CDU-Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2015 beinhaltet daher auch eine deutlich stärkere Entlastung der Kommunen. Thümler: „Niedersachsens Kommunen dürfen mit der Unterbringung der Flüchtlinge nicht länger allein gelassen werden. Deshalb stellen wir mit unserem Änderungsantrag auch mehr Geld für die Sprachförderung von Flüchtlingen bereit.“

Förderung der Kommunen und für Bad Fallingbostal durch Bundesmittel



Der Gesetzentwurf zum Kommunalinvestitionsförderungsgesetz der Landesregierung wurde im Plenum beraten und wir haben dem zugestimmt. Der Gesetzentwurf hat zum Ziel, die vom Bund in diesem Jahr zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft einmalig bereitgestellten Mittel an finanzschwache Kommunen aufzuteilen.

Insgesamt sind 327,5 Mio. €, nach einem mit den kommunalen Spitzenverbänden erarbeiteten und abgestimmten Schlüssel, zu verteilen, was auf positive Resonanz der Kommunen stößt. Gleichwohl gibt es auch Kommunen, die hiervon nicht partizipieren, da sie nicht unter den Begriff von finanzschwachen Kommunen fallen. Deswegen habe ich mich während meiner Rede im Plenum besonders bei den Kommunen, bei den kommunalen Spitzenverbänden bedankt, dass sie bereit waren, 15 Mio. € von den 327,5 Mio. € für die Kommunen zur Verfügung zu stellen, die besonders vom Britenabzug betroffen sind. So erhält Bad Fallingbostal zusätzlich 4,2 Mio. €.

Wir alle wissen, dass diese in den nächsten Jahren vor enormen Herausforderungen stehen: Für Bad Fallingbostal bedeutet dies: Leerstand von 1033 Wohnungen, Kaufkraftverlust von 30,2 Mio. €, Umsatzverlust von 4-7 Mio. € oder auch in den nächsten Jahren Verzicht auf 1 Mio. € Schlüsselzuweisungen vom Land. Insgesamt verlassen die Stadt Bad Fallingbostal ca. 4660 Einwohner bis zum Jahresende und das ist eine unvorstellbare Größenordnung, die jeglicher Unterstützung bedarf.

Landesmittel sind bisher nicht geflossen!

Existenzgrundlage für Werkstätten für Menschen mit Behinderungen muss gesichert werden

Im Rahmen der Landtagsdebatte habe ich während meiner Rede zur Existenzsicherung für Werkstätten für Menschen mit Behinderung ein deutliches Signal mit allen anderen Fraktionen des Landtages Richtung Berlin gesendet.

Die Sicherung der Existenzgrundlagen von Werkstätten für behinderte Menschen und vergleichbaren Einrichtungen muss gewährleistet bleiben, denn das umfangreiche Angebot der Werkstätten umfasst schon lange nicht mehr nur Produktion, sondern auch Dienstleistungen, und bietet Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit, verschiedene arbeitsmarktnahe Tätigkeiten auszuführen, die der klassischen Wirtschaft entsprechen. Hintergrund dieser Initiative ist, dass diese Arbeit zunehmend gefährdet ist, denn die im Land Niedersachsen restriktive Anwendungspraxis der Finanzverwaltung im Rahmen des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses führt dazu, dass insbesondere die Dienstleistungsbereiche und außerhalb tätigen Arbeitsgruppen der Werkstätten einer besonderen steuerrechtlichen Prüfung unterliegen. Damit wird an den sozialrechtlichen Grundfesten der Teilhabe am Arbeitsleben gerührt, die deutlich der bisherigen Verfahrenspraxis widerspricht, ja von einem veralteten Tätigkeitsfeld für Werkstätten ausgeht. Werkstätten entrichten bisher 7% Umsatzsteuer statt 19%. Dies ist aufgrund des Nachteilsausgleiches ein wesentlicher Finanzierungsaspekt, um arbeitsmarktnahe Angebote, die Inklusion sicht- und erlebbar machen, wie zum Beispiel CAP-Lebensmittelmärkte, Café- und

Kantinenbetriebe, Wäschereien oder Gärtnereien anbieten zu können. Der Nachteilsausgleich des verminderten Umsatzsteuersatzes für Werkstätten bezieht sich allerdings nach wie vor nur auf die klassischen Produktionswerkstätten, sodass die Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen und somit auch die Zukunftschancen der dort beschäftigten Menschen bedroht sind. In den Cafés, Bistros und anderen Dienstleistungsbetrieben der Werkstätten findet tagtäglich gelebte Inklusion statt. Menschen mit Behinderungen und ihre Fähigkeiten werden sichtbar und kommen in alltäglichen Kontakt mit anderen Menschen. Diese Form der Teilhabe ist unverzichtbar, weshalb wir die niedersächsische Initiative gemeinsam mit allen Fraktionen beschlossen haben und den Bund auffordern, sich für eine Änderung des Anwendungserlasses auszusprechen und die verringerte Umsatzsteuer für alle Bereiche der Werkstätten zu realisieren, zum Wohle der dort beschäftigten Menschen. Finanzminister Schäuble hat seine Unterstützung bereits angekündigt.

Erkennungsdienstliche Behandlung von Straftätern im Maßregelvollzug dringend nötig

Der CDU-Landtagsabgeordnete Volker Meyer kritisierte während der Debatte im Niedersächsischen Landtag, dass SPD und Grüne den CDU-Vorschlag, den Maßregelvollzugszentren erkennungsdienstliche Maßnahmen zu erlauben, im Plenum abgelehnt haben. Meyer betont: „Aktuelle Bilder sind für die Polizei besonders wichtig, wenn sie nach flüchtigen Straftätern fahndet.“ Richtig sei zwar, dass Straftäter im Maßregelvollzug bereits durch die Polizei erkennungsdienstlich

behandelt worden seien, so Meyer. „Aber was nützt ein Foto, wenn es bei der Flucht eines Straftäters bereits mehrere Jahre alt ist? Die Maßregelvollzugsanstalten brauchen die Möglichkeit, regelmäßig selbst aktuelle Bilder der Untergebrachten machen zu können.“ Die rot-grüne Landesregierung wisse, dass dazu eine Änderung des Gesetzes nötig sei und handele dennoch nicht.

Für den mangelnden Reformwillen haben wir kein Verständnis. Unser Antrag fordert nichts Unangemessenes, das hat auch die Landesdatenschutzbeauftragte bestätigt. Außerdem gibt es in Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen, Berlin, Hessen und Bayern bereits ähnliche Regelungen. Durch den Schutz der Persönlichkeitsrechte von Kriminellen vernachlässige Rot-Grün die Sicherheit der Allgemeinheit. „Wir kriminalisieren verurteilte Straftäter nicht, wenn wir eine erkennungsdienstliche Behandlung fordern, aber SPD und Grüne verharmlosen sie, wenn sie fälschlich von ‚Patienten‘ sprechen“, sagte Meyer. „Sollte beim nächsten Ausbruch eines Schwerverbrechers aus dem niedersächsischen Maßregelvollzug wieder kein aktuelles Fahndungsfoto zur Verfügung stehen und dadurch Polizeiermittlungen erschwert werden, trägt dafür auch die Sozialministerin die Verantwortung.“



BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT

Abschaffung der Roaming-Gebühren und europäische Regeln zur Netzneutralität



Das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben sich am 30.06. auf einen Kompromiss im Hinblick auf die Telekom Single Market Verordnung verständigt. Demzufolge werden vom 15.06.2017 an die Roaming-Gebühren wegfallen, d.h. bei Reisen innerhalb der EU zahlen Mobilfunknutzer denselben Preis wie zu Hause. Die Verbraucher werden überall in der EU, unabhängig davon, wo sie sich gerade aufhalten, denselben Preis für Anrufe, Textnachrichten und Mobilfunkdaten bezahlen. Auf der Rechnung wird nicht mehr zwischen Anrufen bei Freunden zu Hause oder in einem anderen EU-Land unterschieden.

Schon von April 2016 an wird Roaming günstiger: Die Betreiber können auf die national geltenden Tarife nur noch geringe zusätzliche Gebühren erheben, diese betragen (ohne Mehrwertsteuer): 0,05 EUR pro Minute eines Anrufs, 0,02 EUR für jede gesendete SMS und 0,05 EUR pro Daten-MB.

Darüber hinaus wird es europaweit einheitliche Vorschriften für die Netzneutralität zum Schutz der Rechte aller EU-Bürger/-innen auf Zugang zu Internetinhalten geben. Die Verordnung gilt ab 30.04.2016. Die Nutzer erhalten freien Zugang zu den Inhalten ihrer Wahl. In einem „offenen Internet“ wird der gesamte Datenverkehr gleich behandelt – er unterliegt lediglich der effizienten Abwicklung der täglichen Netzverwaltung durch die Anbieter von Internetdiensten ebenso, wie streng umrissener und klar festgelegter Ausnahmen im öffentlichen Interesse, wie

z. B. Netzsicherheit oder der Bekämpfung von Kinderpornografie.

Gleichzeitig haben die Anbieter von Internetzugängen weiterhin die Möglichkeit, spezielle Dienste höherer Qualität, wie z. B. Internetfernsehen oder neue, innovative Anwendungen anzubieten, solange diese Dienste nicht auf Kosten der Qualität des „offenen Internets“ erbracht werden.

Im Anschluss an die politische Vereinbarung muss der Text vom Europäischen Parlament und vom Rat förmlich gebilligt werden. Danach wird er in alle EU-Amtssprachen übersetzt, im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und schließlich offiziell in Kraft treten.

Bericht über die Überwachung von Obst- und Gemüseimporten veröffentlicht

Am 29.06. hat die Europäische Kommission einen Bericht zur europäischen Lebens- und Futtermittelsicherheit veröffentlicht. Der Bericht beleuchtet vor allem die Effizienz der Grenzkontrollen, die im Jahr 2014 bei EU-Importen von Früchten und Gemüse durchgeführt wurden. Insgesamt wurden rund 100.000 Frachtkontrollen an den europäischen Grenzen vorgenommen, wobei ungefähr 11.000 dieser Kontrollen zu weiteren laboranalytischen Untersuchungen geführt haben. In Zusammenhang damit wurde bei 496 Frachten, umgerechnet 4,4 %, aller getätigten Kontrollen, festgestellt, dass sie gegen das derzeitige EU-Recht verstoßen. Infolgedessen wurden sie daran gehindert, auf den europäischen Markt zu gelangen.

Die mit dem Bericht vorgelegten Ergebnisse zeigen des Weiteren eine geringe Zunahme an Importsperrungen im Vergleich zum vorherigen Jahr 2013, in dem 4,1 % aller Frachtsendungen der Markteintritt in die EU verwehrt wurde. Laut dem Bericht sei der Erfolg dabei unmittelbar auf die Ratifizierung der Verordnung (EG) Nr. 669/2009 der Europäischen Kommission vom 24.07.2009 zurückzuführen, welche eine Verstärkung der amtlichen Kontrollen bei der

Einfuhr bestimmter Futtermittel und Lebensmittel nicht tierischen Ursprungs verlangt. Sie enthält eine vierteljährlich aktualisierte Liste mit Importgütern, die verstärkter Grenzkontrolle unterliegen sollen.

Neues EU-Logo für Online-Apotheken



Für Online-Apotheken gilt seit dem 01.07. eine wichtige Neuerung: Sie müssen ein einheitliches Logo anzeigen, das dem Nutzer helfen soll zu verifizieren, ob es sich um eine zugelassene Apotheke handelt. Dadurch soll das Vertrauen in den Handel mit Medikamenten im Internet verstärkt und Anbieter gefälschter Medikamente schneller erkannt werden. Zur Überprüfung genügt ein Klick auf das Logo und die Benutzer werden auf die Seite der jeweiligen nationalen Überwachungsbehörde geleitet, in Deutschland ist dies das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI). Dort sollten sofort die relevanten Informationen über den Anbieter angezeigt werden. Damit das System Sicherheit bietet, müssen die Nutzer also überprüfen, ob sie tatsächlich auf die Seite der zuständigen Behörde weitergeleitet wurden. Gerade bei ausländischen Anbietern ist es daher nötig, sich über die jeweilige Zuständigkeit zu informieren, was z.B. über die Seite der Kommission möglich ist. Auch Verständnisprobleme sind möglich, da die Seiten in der Regel in der jeweiligen Landessprache gehalten sind. Die höchste Sicherheit erhält man jedoch, wenn man nach wie vor die wohnortnahe Apotheke aufsucht.

SOMMERTOUR 2015

In dieser Ausgabe meines Blickpunkts berichte ich Ihnen von meiner diesjährigen Sommertour durch meinen Wahlkreis. Die Sommertour ist mir ein wichtiges Anliegen, um die Menschen in den verschiedenen Einrichtungen in meiner Region noch besser kennenzulernen. Unser Heidekreis ist so vielseitig, dass ich jeweils einen kompletten Tag in jedem Gemeindeverband verbracht habe. So kann ich direkt vor Ort viele Anregungen für meine politische Arbeit in Hannover mitnehmen.

Große Chance für Rethem



Dieter Moll (rechts) berichtet über das geplante Sanierungskonzept

Ein bedeutendes Projekt nimmt langsam Gestalt an: die Sanierung des alten Ratskellers in Rethem. Davon habe ich mich überzeugt. Gemeinsam mit Bürgermeister Frank Leverenz, Samtgemeindebürgermeister Cort-Brün Voige sowie Vorstandsmitgliedern des Samtgemeindeverbands besuchte ich die Baustelle Ecke Mühlenstraße/Lange Straße. Der bereits 2010 von der Familie Börger getätigte Versuch den Ratskeller zu sanieren wurde aufgrund explodierender Sanierungskosten abgebrochen. 2014 wurde das Gebäude für 10.000€ an die EGRA, Energie- und Gewerbepark Rethem GmbH zwangsversteigert. Mittlerweile liegt ein konkretes Nutzungskonzept vor. EGRA Geschäftsführer und Bauingenieur Dieter Moll erläutere uns die dreiteilige Nutzung: Hotel, Gastronomie und ein Marktbereich sollen den Ratskeller zu einer zentralen Anlaufstelle in Rethem machen

Hohe Innovationskraft



Erika Weber (rechts) stellt ihr Unternehmen Freqcon vor

Zum Auftakt meiner Sommertour besuchte ich in Rethem die Freqcon GmbH auf dem ehemaligen Toschi-

Gelände. Prokuristin Erika Weber übernahm die Aufgabe, einen Überblick über Geschichte und Zukunft des stetig wachsenden Unternehmens zu vermitteln. Bereits seit 2005 entwickelt und vertreibt die Freqcon GmbH Umrichter-technik, Steuerungsanlagen, Elektrische Energiespeicher für Energieerzeugungsanlagen allgemein, insbesondere für Windkraftanlagen. Mit ihren Kunden in Europa, Asien und den USA gehört Freqcon in diesem Bereich mittlerweile zu den führenden Unternehmen weltweit.

Abwärme für die Schule

Ich bekam einen detaillierten Einblick in die Funktionsweise und den Betriebsablauf der Biogasanlage von Jochen Oestmann und Jürgen Brandt. Sogar die Grund- und Oberschule in Rethem wird mit der Abwärme der Biogasanlage geheizt.



Interessante Einblicke in das Innere einer Biogasanlage

Gutes Angebot

Den Abschluss bildete der Besuch des Niedersachsenhofs in Bosse. Die Wohngruppe Besier bietet dort für Menschen mit dem 'Prader Willi Syndrom' (PWS) ein umfangreiches Betreuungsangebot.



Der Niedersachsenhof in Bosse hat für seine Bewohner einiges zu bieten

Attraktivität erhöhen



Kindergarten Hademstorf

In der Krippe am Waldbad der Lebenshilfe Walsrode, im städtischen Kindergarten in Bad Fallingbostel sowie im Kindergarten Hademstorf diskutierte ich die Anliegen der Einrichtung. Gemeinsamer Tenor: die Rahmenbedingungen für die Erziehungsberufe müssen verbessert wer-

den. Schon jetzt ist es schwierig Fachpersonal zu finden und dauerhaft zu halten. Als gelernte Erzieherin weiß ich, dass die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen mehr beinhaltet als basteln und spielen. Dafür bedarf es einer angemessenen Wertschätzung. Erziehungsberufe müssen wieder attraktiv werden, damit auch künftig qualifiziertes Personal zur Verfügung steht.



Krippe am Waldbad

Neue Arbeitsplätze



Bürgermeisterin Helma Spöring erläutert den Baufortschritt

Von den Dimensionen des A27-Parks in Schneeheide konnte ich mir ebenfalls ein Bild machen. Mit Bürgermeisterin Helma Spöring besichtigte ich die Baustelle. Nun, nach nur neun Monaten ist das Gewerbegebiet bereits fertiggestellt worden. Der Online-Möbelhändler Home24 hat dort auf einer Fläche von zwölf Hektar sein Verkaufslager errichtet und schafft damit mehr als 300 neue Arbeitsplätze in Walsrode.

Fest verankert



Mit Mitgliedern des CDU- Stadtverbands bei Befestigungsfuchs.de

Der Arbeit eines Onlinehandels konnte ich in Bad Fallingbostal über die Schulter schauen. Mit 75 Mitarbeitern ist Befestigungsfuchs.de Nummer eins im Bereich Befestigungsmittel. Wer Schrauben, Bolzen oder Muttern benötigt, wird im Online-Shop von Geschäftsführer Andre´ Fuchs fündig. Auch Umweltschutz und Nachhaltigkeit haben einen hohen Stellenwert. Mit gebrauchter Kartonage kann er die Versandkosten gering halten und betreibt zudem Recycling.

High-Tech Lagerung



Besichtigung der Maschinen zur Kartoffelente

Was es bei der Lagerung von Kartoffeln, Zwiebeln oder Möhren zu beachten gibt, das erfuhr ich beim Besuch der Firma Tolsma. Geschäftsführer Frits Schlimback gab Einblicke in die technischen Besonderheiten der professionellen Klimaregulierung des holländischen Betriebs, der seine Anlagen bereits seit 1978 erfolgreich im ganzen Bundesgebiet vertreibt. Ich erfuhr, dass das optimale Lagerklima, insbesondere bei der Kartoffel, bei Tolsma im Vordergrund steht.

Mit frischem Wind etwas bewegen



Im Gespräch mit Martin Burghardt

Die Vernetzung und damit Stärkung von Unternehmen hat Geschäftsführer Martin Burghardt zu seinem Leitgedanken gemacht, als er vor fünf Jahren die Initiative WiM! – Wachstum im Mittelstand gründete. Ich besuchte Martin Burghardt in Hodenhagen. Renommiertere und im Heidekreis verankerte Unternehmen haben sich WiM! bereits angeschlossen. Ziel ist es einen gemeinsam agierenden Wirtschaftsraum zu gestalten und so die Rahmenbedingungen für die hier ansässigen Unternehmen weiter zu verbessern. Dies liegt auch mir am Herzen.

Heide-Stärke für Asien

Interessante Einblicke in ein leistungsstarkes Unternehmen habe ich bei einem Besuch des Emsland-Stärke-Werks in Wietzendorf erhalten. Werksleiter Thomas Hergenröther und Werkstattleiter Wolfgang Jerke stellten den Vorstandsmitgliedern des Gemeindeverbands und mir das Werk mit seinen 54 Mitarbeitern vor. Die Nachfrage nach Kartoffelstärke aus Wietzendorf ist besonders hoch. 90% des Produktes werden ins Ausland exportiert. Besonders der asiatische Raum verlangt nach Stärke aus der Heide zur Herstellung von Glasnudeln.



Von links: Christoph Kohlmeyer, Gerhard Meyer, Ilse-Marie von Deylen, Gudrun Pieper, Peter Meyer, Thomas Hergenröther, Wolfgang Jerke

„Bio“ in Dorfmark



Volle Regale mit guter Bio-Qualität – davon konnte ich mich überzeugen

Der Bioladen „Eule und Katze“, im Dorfmarker Zentrum eröffnete bereits im September letzten Jahres und erfreut sich seitdem ständig wachsender Beliebtheit.

Inhaber Janine Klank und Olaf Hibbing bereichern Dorfmark mit dem Bioladen auf eine ganz besondere Art und Weise, denn das Angebot reicht von Kinderkleidung und –büchern bis zu der zugehörigen Malschule und spricht damit vor allem junge Familien an.

Eine Oase in Grindau

Die Reitanlage Grindau - Eine Oase für Mensch und Tier. Dass dieses Motto stimmt, davon konnte ich mich überzeugen. Mit viel Eigenleistung haben Tania und Carsten Hubert eine geschmackvolle, mediterrane Anlage errichtet, die ganz im Einklang mit der schönen Umgebung steht. Jede Reitweise ist hier Willkommen. Das Wohl von Pferd und Reiter steht hier im Vordergrund.



Stallbesichtigung bei Familie Hubert

Mühlenhof in Eilte

Der Mühlenhof in Eilte ist eine stationäre Jugendhilfeeinrichtung. Er bietet Heimerziehung und vornehmlich Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche. Die Einrichtung liegt direkt an der Aller, an einen großen Wald grenzend und ermöglicht durch die spezielle Lage für die zu Betreuenden hilfreiche naturnahe Aktivitäten und einen sicheren Ort, um sich zu entwickeln. Die Kinder und Jugendlichen können sich selbst und ihre Grenzen "natürlich" erfahren, z.B. bei Kanutouren, Zelten und Lagerfeuer machen, leben aber auch reizarm und geschützt. Diese Bedingungen unterstützen die herausfordernde Arbeit der Pädagogen vor Ort.



Diplom-Psychologin/Psychotherapeutin Jana Görndt zeigt Gudrun Pieper und Vorstandsmitgliedern des CDU-Samtgemeindevorstands die weitläufige Anlage

Sybille & Bruce Whitehill



Bruce Whitehill kann zu jedem Spiel eine Geschichte erzählen

Spieleerfinder und -sammler Bruce Whitehill aus New York gewährte mir Einblick in seine Sammlung mit über 1000 Spielen. Er hat als Spieleerfinder bereits für MB, Matell und Hasbro gearbeitet, bringt aber auch unter seinem eigenen Namen Spiele heraus. Gemeinsam mit seiner deutschen Ehefrau Sybille arbeitet er zudem als Übersetzer für Spieleverlage.

Große Einschnitte



Ein Auszubildender bei der Arbeit

Passend zu den aktuellen Ereignissen traf ich mich auch mit Michael Finkas, dem Aus- und Fortbildungsleiter der Okando Holding GmbH im Industriepark Walsrode.

AF Personalpartner GmbH hat seit dem 1. Juli einen neuen Eigentümer. Die Ausbildung im Industriepark wird zukünftig nur noch „nach Bedarf“ angeboten. Ein Abbau von Ausbildungsplätzen jedoch ist ein Sparen am falschen Ende und gefährdet auch den Berufsschulstandort Walsrode.

In der nachfolgenden Begehung der Baustelle der Technischen Akademie Heidekreis (TAHK) bewies Geschäftsführer Olaf Kahle, dass in Okando noch eine große Zukunft liegt. Ab September ist im Gewerbegebiet in Honnerdingen das Studium zum Wirtschaftsingenieur möglich.

Ein Fahrrad für eine Flüchtlingsfamilie



Der jüngste Nachwuchs ist erst wenige Wochen alt

Familie C. aus Syrien lebt seit Mitte 2014 in Schwarmstedt. Mit dem Samtgemeindevorstandsvorsitzenden Henrik Rump habe ich sie in Schwarmstedt besucht. Familie C. hat acht Kinder im Alter von wenigen Wochen bis 19 Jahren. Probleme bereitet den Eltern der wöchentliche Einkauf. Der Einkauf muss momentan zu Fuß erledigt werden. Zusammen mit Henrik Rump habe ich mich für die Beschaffung eines Fahrrades eingesetzt. Wir sind sehr glücklich, dass der Rewe-Markt in Schwarmstedt der Familie ein Fahrrad und die Rotarier den dazugehörigen Anhänger gespendet haben.

Beruf mit Zukunft

Die Tischlerei Röders war das letzte Ziel meiner Sommertour. Inhaber Richard Röders hat ein breitgefächertes Angebot. Zurzeit beschäftigt der Betrieb zwei Gesellen und zwei Auszubildende. Doch im Handwerk wird es immer schwieriger, Auszubildende zu bekommen. Beim Tischler, wie bei vielen anderen Berufen, ist es notwendig, das Image zu verbessern und Schulabgängern deutlich zu machen, dass sie hier einen Beruf mit Zukunft finden.



Betriebsbesichtigung mit dem Ehepaar Röders